

Statistische Kurzauswertung

zum Verlauf und zu den
Ergebnissen
der Ausländerbeiratswahlen
am 27. November 2005

Stand: 01.02.06

Einleitung

Am 27. November 2005 fanden in Hessen bereits zum vierten Mal nach der gesetzlichen Verankerung der Ausländerbeiräte in der Hessischen Gemeindeordnung landesweit Ausländerbeiratswahlen statt.

Gewählt wurde dieses Mal in 93 Kommunen und 2 Landkreisen (Gießen und Kassel) mit insgesamt über 490.000 ausländischen Wahlberechtigten. An der landesweiten Wahl 2001 hatten sich noch 95 Kommunen beteiligt. Hinsichtlich der Landkreise gab es keine Veränderung.¹

In 19 Städten und Gemeinden, in denen noch im November 2001 gewählt worden war, fanden am 27.11.2005 keine Wahlen mehr statt.² Ein Blick auf die Liste dieser Kommunen zeigt ein zweigeteiltes Bild: Einerseits wurde an „etablierten und langjährigen Standorten“ kein Wahlvorschlag eingereicht (z.B. Bad Soden/Ts., Bürstadt, Erlensee, Nidderau), andererseits bedeutete die nicht stattfindende Wahl bei vielen Kommunen auch die logische Konsequenz aus einer schon seit längerer Zeit faktisch zum Erliegen gekommenen Arbeit des örtlichen Ausländerbeirats (z.B. Bad Wildungen, Bischofsheim, Büdingen, Witzenhausen).³

Dagegen wurden in 11 Orten erstmals (wieder) Wahlvorschläge eingereicht: Bad Vilbel, Dautphetal, Gelnhausen, Gernsheim, Heppenheim, Mörfelden-Walldorf, Pfungstadt, Rüdesheim, Schlüchtern, Sulzbach und Vellmar.

Daten und Fakten

Kandidatinnen und Kandidaten

Anzahl

Am 27. November 2005 waren insgesamt 1010 Mandate zu vergeben, was im Vergleich zu 2001 eine Abnahme um 33 bedeutet. Es traten insgesamt 2257 Kandidatinnen und Kandidaten an. Die Gesamtzahl der Bewerber(innen) lag damit 2005 um etwa 6 Prozent über dem Vorwahlniveau (2001: 2127). Dies bedeutet demnach, dass trotz rückläufiger Zahl der zu vergebenden Mandate mehr Personen kandidierten.

Rein rechnerisch gab es damit auf Landesebene 2,23 Bewerber(innen) pro Sitz im Ausländerbeirat (2001: 2,04). Dieser Durchschnittswert spiegelt aber nicht die reale Situation in vielen Kommunen wider.

Auf der einen Seite waren in den beiden größten Städten des Landes, Frankfurt und Wiesbaden, Sitze im Ausländerbeirat besonders begehrt. So traten in Frankfurt 365 und in Wiesbaden 206 Bewerber(innen) an – was eine Quote von 9,9 (Frankfurt) bzw. 6,7 (Wiesbaden) Bewerber(innen) pro Sitz ergibt.

¹ Darüber hinaus bestehen in den Landkreisen Darmstadt-Dieburg, Offenbach, Rheingau-Taunus-Kreis und Wetterau Kreis-Ausländerbeiräte nach dem Delegiertenprinzip.

² Asslar, Bad Soden/Ts., Bad Wildungen, Bischofsheim, Büdingen, Bürstadt, Dieburg, Eltville am Rhein, Elz, Erlensee, Hadamar, Hochheim am Main, Limburg an der Lahn, Melsungen, Nidderau, Oestrich-Winkel, Raunheim, Taunusstein, Witzenhausen.

³ Auch beanstandete Formfehler führten zur Nichtzulassung von Wahlvorschlägen, so dass ein Urnengang nicht stattfand (z.B. in Eltville am Rhein). In Raunheim nahmen die Akteure nach einer politischen Auseinandersetzung im Vorfeld der Wahl Abstand von der Einreichung einer Liste. Kein Grund für das Nichtzustandekommen einer Wahl war hingegen die neue gesetzliche Bestimmung in § 86 Abs. 1 HGO, nach der die Wahl davon abhängig ist, dass mindestens so viele Bewerber kandidieren, wie Sitze zu vergeben sind.

	Kandidaten	Zugelassene Listen	Wahlberechtigte	Kandidatendichte: Wahlberechtigte pro Kandidat	Wahl- beteiligung
Frankfurt	365	27	140061	384	5,68
Wiesbaden	206	16	39747	193	9,40
Offenbach	63	5	29804	473	3,05
Kassel	105	6	21034	200	9,00
Gießen	76	8	7770	102	9,03
Darmstadt	66	9	19132	290	5,80

In den meisten mittleren und kleineren Kommunen ergab sich ein völlig anderes Bild. Landesweit gab es nur in 27 Orten (2001: 21) mindestens doppelt so viele Bewerber(innen) wie zu vergebende Sitze, sodass nur in diesen Orten von einer wirklichen (Aus-)Wahl die Rede sein konnte. Demgegenüber kandidierten in 10 Orten (2001: 23) gleich viele Bewerber(innen) wie Sitze zu vergeben waren. In einigen Orten besteht – nach den langjährigen Erfahrungen – nunmehr die reale Gefahr, dass nach Rücktritten oder dem Ausscheiden von Ausländerbeiratsmitgliedern bald nur noch Schrumpfgremien übrigbleiben.

H e r k u n f t

Insgesamt kandidierten Personen aus 96 Nationen. Personen mit nur einer Staatsangehörigkeit kamen aus 93 verschiedenen Ländern. Personen aus 30 verschiedenen Ländern hatten neben der eigenen ausländischen Staatsangehörigkeit auch noch die deutsche Staatsangehörigkeit. Des Weiteren gab es insgesamt 9 verschiedene Kombinationen von Personen zwei ausländischen Staatsangehörigkeiten.

Damit ergibt sich im Vergleich zu den Vorwahlen ein unter ethnischen Gesichtspunkten nochmals vielfältigeres Bild:

Herkunft der Kandidaten	1997	2001	2005
Anzahl der Nationalitäten	81	86	96

Größte Gruppe stellten erstmals deutsche Staatsangehörige mit 31,9 Prozent aller Kandidaten dar, die damit um 13 Punkte höher lag als bei der Wahl in 2001. Auf dem zweiten Rang liegen türkische Staatsangehörige (Abnahme im Vergleich zu 2001 um 8% auf nunmehr 31,2%). Danach folgen Italiener und pakistanische Staatsangehörige. Letztere „überholten“ damit die Griechen – eine Tatsache, die überrascht.

Staatsangehörigkeit	1997	2001	2005
Deutsche	7,4	18,9	31,9
Türken	46,8	39,2	31,2
Italiener	8,5	7,7	6,2
Pakistani	k.A.	1,6	3,4
Griechen	4,5	4,8	3,2
EU-Bürger plus Eingebürgerte plus deutsche Doppelstaatler	34,4	37,0	47,1

Angaben in
Prozent

Der hohe bzw. erneut gestiegene Anteil von Eingebürgerten und EU-Bürgern – also von Menschen mit aktivem und passivem Wahlrecht auf kommunaler Ebene – unterstreicht, dass die (kommunal)politisch Aktiven die Ausländerbeiräte auch weiterhin als wichtige zusätzliche Instrumentarien zur Beseitigung gesellschaftlicher Benachteiligung ansehen.

G e s c h l e c h t Bei den Kandidaturen zur Wahl 2005 lag der Frauenanteil mit 26,4 Prozent um rund 2,5 Prozentpunkte höher als 2001. In 14 Orten stellten Frauen mindestens die Hälfte der Bewerber(innen) auf den Wahlvorschlägen⁴.

Frauenanteil an den Bewerber(inne)n im Vergleich	2001	2005
	Landesweit	23,9%
Frankfurt	22,3%	22,7
Wiesbaden	22,4%	27,2
Kassel	13,3%	21,9
Darmstadt	6,7%	9,1
Offenbach	11,7%	14,3

Auffällig ist die relativ hohe Schwankungsbreite hinsichtlich des Frauenanteils in den hessischen Großstädten. Darmstadt bildet hier abermals das Schlusslicht. Ob dies aber auch die relativ niedrige Wahlbeteiligung erklärt (wie das noch in der Auswertung der 2001er-Wahl vermutet wurde), bleibt fraglich, da z.B. in Offenbach bei einem höheren Frauenanteil eine insgesamt deutliche niedrigere Wahlbeteiligung zu verzeichnen war.

A l t e r Zum zweiten Mal nach 2001 wurde 2005 die Altersstruktur der gewählten Ausländerbeiratsmitglieder statistisch erfasst. Außerdem wurde die Altersstruktur der Kandidatinnen und Kandidaten ermittelt. Die Zahlen können auch in Relation zur Altersstruktur der gesamten ausländischen Wohnbevölkerung in Hessen gesetzt werden.

Ausländerbeiratsmitglieder, KandidatInnen und ausländische Bevölkerung über 18 Jahre nach Altersgruppen in Prozent*

Altersgruppe	2001 Gewählte Ausländerbeiratsmitglieder	2005 Gewählte Ausländerbeiratsmitglieder	2005 Kandidatinnen und Kandidaten	2005 Ausländische Bevölkerung
18-21	5,1	3,2	4,1	3,8
21-25	13,7	7,7	7,8	7,1
25-30	10,9	12,6	11,4	11,0
30-35	16,0	13,5	14,7	11,6
35-40	14,3	16,2	15,6	10,2
40-45	7,7	16,1	15,6	8,3
45-50	10,9	10,2	10,8	6,6
50-55	11,7	7,5	7,7	5,8
55-60	7,1	7,1	6,3	5,5
60-65	1,7	3,8	3,9	4,1
65 o.m.	0,9	2,1	2,0	6,6

* Quellen: agah und Hessisches Statistisches Landesamt

Vorläufiges Ergebnis ist, dass jüngere und ältere Mandatsträger fast gleich stark repräsentiert sind. 53,2 % aller Gewählten sind jünger als 40 Jahre, 46,8 % sind älter als 40 Jahre. Auffallend ist, dass diese Zahlen bis auf wenige Zehntel-Prozentpunkte identisch mit der Altersstruktur der Kandidatinnen und Kandidaten sind. Unter den Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern waren nämlich 53,5 % jünger und 46,4% älter als 40 Jahre alt. Mit anderen Worten: Die Alterszusammensetzung der Kandidaten spiegelt

⁴ Bad Nauheim, Bruchköbel, Gernsheim, Hofheim am Taunus, Karben, Lich, Lohfelden, Marburg, Mühlital, Neu-Anspach, Schöneck, Schwalbach am Taunus, Sulzbach (Taunus) und Usingen

sich in der Alterszusammensetzung der Gewählten (fast vollständig) wider. Interessant ist auch die Frage, ob sich die Ausländerbeiräte hinsichtlich des Alters ihrer Mitglieder ähnlich zusammensetzen, wie dies der Altersaufbau der ausländischen Wohnbevölkerung in Hessen erwarten lässt. Schaut man sich die vorliegenden Zahlen an, so gelangt man zu der Feststellung, dass die 35-50-Jährigen signifikant in den Ausländerbeiräten überrepräsentiert sind (42,5% aller Beiratsmitglieder gehören dieser Altersgruppe an, ihr Anteil innerhalb der gesamten ausländischen Wohnbevölkerung in Hessen beträgt jedoch nur 25,1 %). Es muss jedoch an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass der Vergleich nur eingeschränkt möglich ist, da die gewählten Ausländerbeiratsmitglieder auch deutsche Staatsbürger sein können und somit der Altersaufbau der deutschen Wohnbevölkerung Hessens mit berücksichtigt werden müsste. Bei der weiteren Analyse der Zahlen wird deutlich, dass der Anteil der 18-25-jährigen Beiratsmitglieder nunmehr im Vergleich zu 2001 um 7,9 % gesunken ist. Umgekehrt ist ein Ergebnis der Wahl vom 27.11.05, dass die „Gruppe“ der 35-50-Jährigen um 9,6 % zugenommen hat. Hierfür dürfte u.a. die „normale“ demographische Entwicklung ein Erklärungsansatz sein: die vor fünf Jahren noch jüngeren Mitglieder gehören nun anderen (höheren) Altersstufen an.

Wahlvorschläge (Listen)

Listenzahl

Der Trend zur Abnahme der Zahl von zugelassenen Listen konnte so gut wie gestoppt werden. Sie sank im Vergleich zu 2001 lediglich um eins. Hier die Zahlen im Vergleich:

Ausländerbeiratswahlen: Zahl der zugelassenen Wahlvorschläge (Listen)

	1997	2001	2005
Zahl der Listen	293	212	211

In den allermeisten kleineren und mittleren Kommunen konnte so mangels Konkurrenz überhaupt keine Verhältniswahl stattfinden. In 59 Städten und Gemeinden kandidierte nur eine Liste, oftmals mit nur wenig mehr Kandidaten als Sitze zu vergeben waren. Selbst im Landkreis Kassel war dieses Mal nur eine einzige Liste mit 18 Bewerbern für 11 zu vergebende Sitze angetreten. Im Ergebnis heißt dies, dass mangels Auswahl in fast 2/3 (62%) aller Kommunen kaum von einer Wahl gesprochen werden kann. Nur in 35 Orten und in einem Landkreis standen mindestens zwei Listen auf dem Stimmzettel. Angemerkt sei, dass diese Zahlen –mit unwesentlichen Abweichungen- exakt das Bild aus dem Jahre 2001 wider spiegeln. Insofern kann von einer Trendumkehr oder einer Verbesserung der Ausgangssituation nicht gesprochen werden.

Auf die Gründe für den Rückgang der Zahl der eingereichten Wahlvorschläge wurde bereits im Diskussionspapier zur 2001er-Wahl ausführlich eingegangen. Die seinerzeit angeführten Erklärungen dürften weiter aktuell sein. Darüber hinaus lässt sich erkennen, dass die Akteure im Ausländerbeirat ihr Gremium oftmals als überparteilich definieren. Es liegt in der Natur der Sache, dass eine solche Auffassung die klare Abgrenzung verschiedener Positionen erschwert bzw. entbehrlich und überflüssig erscheinen lässt. Die aus den Parlamenten bekannte (parteipolitische) Polarisierung spielt in den Ausländerbeiräten demnach eine zu vernachlässigende

Rolle. Dies wird u.a. auch daran deutlich, dass „Ableger“ deutscher Parteien in den Beiräten so gut wie nicht zu verzeichnen sind.

Übersicht: Entwicklung der Zahl zugelassener Listen 2001/2005

	Anzahl der Orte* (absolute Zahlen)
unverändert	55
mehr Listen	14
weniger Listen	15

* Basis: 84 Kommunen, die auch bereits 2001 gewählt haben

Listen- struktur

Aussagen über die politische Ausrichtung der Wahlvorschläge waren auch bei dieser Wahl so gut wie unmöglich. Im Gegensatz zu den deutschen Kommunalwahlen gibt es kein einheitliches landesweites Parteienspektrum. Anhand der Listenbezeichnungen sind eventuell hinter den Listen stehende Gruppierungen in der Regel nicht identifizierbar oder aber es lassen sich nur Mutmaßungen anstellen. .

Die Einordnung nach politisch-ideologischen Gesichtspunkten setzt ein persönliches Kennenlernen voraus und ist erst nach einer gewissen Dauer der Zusammenarbeit möglich. Erste Eindrücke nach der Wahl lassen aber die Vermutung zu, dass es erneut zu keinen gravierenden Veränderungen hinsichtlich der inhaltlich-politischen Ausrichtung der Listen gekommen ist.

Verlässliches Kriterium der Beurteilung der Listen und ihrer Entwicklung ist allerdings ihre Einordnung nach ethnischer bzw. überethnischer Zusammensetzung.

Von den 211 zugelassenen Wahlvorschlägen traten 164 als internationale und 47 als nationale Listen auf. Damit verstärkte sich 2005 erneut der Trend, zunehmend internationale Listenverbindungen zu bilden.

	2005		2001		1997		1993	
Zugelassene Listen	211		212		293		334	
davon „international.“	164	= 77,7%	125	= 59%	158	= 54%	143	= 43%
davon „national“	47	= 22,3%	87	= 41%	135	= 46%	191	= 57%

Ein Überblick der letzten vier landesweiten Wahlen offenbart den kontinuierlichen Rückgang des Anteils „nationaler“ Listen zugunsten „internationaler“ Listen.

Bei der Sitzverteilung nach nationalen und internationalen Listen offenbart sich die Tendenz zugunsten internationaler Listen noch deutlicher: Nach den vorliegenden Informationen entfielen in den Kommunen 796 Sitze (78,1%) auf internationale und 214 Sitze (21,9 Prozent) auf nationale Listen.

Nationale und internationale Listen im Vergleich

	Zahl der Listen In Prozent	Wählerstimmen In Prozent
Internationale Listen	77,7 %	85 %
Nationale Listen	22,3 %	15 %
Gesamt	100 %	100 %

Wahlbeteiligung

K o m m u n e n

Hervorstechendes Merkmal der Wahl vom 27. November 2005 ist zweifellos die landesweit fast unverändert (niedrige) Wahlbeteiligung in Höhe von 7,75% (+ 0,11%).

Überblick: Wahlbeteiligung landesweit, in kreisfreien Städten und Frauenanteil in Prozent

	2005	2001	1997	Veränderung 2001 zu 2005	Frauenanteil unter den Gewählten 2005
Landesweit	7,75	7,64	12,19	+ 0,11	25,1
In den 5 kreisfreien Städten zusammen	6,00	5,55	k.A.	+0,45	
Frankfurt	5,68	4,59	7,92	+1,09	27,0
Wiesbaden	9,40	9,36	11,77	+0,04	19,4
Kassel	9,00	7,49	14,74	+1,51	13,5
Darmstadt	5,80	3,24	9,07	+2,56	9,5
Offenbach	3,05	5,10	8,31	-2,05	12,0

Auf die fünf kreisfreien Städte des Landes entfällt über die Hälfte aller Wahlberechtigten.

U n z u s t e l l - b a r e W a h l b e - n a c h r i c h t i - g u n g s k a r t e n

Im Nachgang zur Wahl 2005 wurde auch die Zahl der unzustellbaren Wahlbenachrichtigungskarten erhoben. Hier ergibt sich im Vergleich zu 2001 ein Anstieg um plus 15.358. Ohne Berücksichtigung der Zahlen aus den zwei Landkreisen (Kassel, Gießen) waren 2005 insgesamt 32.981 unzustellbare Wahlbenachrichtigungskarten zu verzeichnen.

Zieht man diese Zahl von der Gesamtzahl der Wahlberechtigten ab, so ergibt sich eine rechnerische Wahlbeteiligung von 8,32% gegenüber von 7,75%. Es sollte jedoch davon ausgegangen werden, dass -hätten die fraglichen 32.981 Personen die Wahlbenachrichtigung tatsächlich im Briefkasten vorgefunden- die Wahlbeteiligung auch in dieser Gruppe kaum höher gewesen wäre, als bei der „restlichen“ Wählerschaft.

In insgesamt 32 Kommunen gelang es, die Wahlbeteiligung (meistens geringfügig) gegenüber 2001 zu steigern. Überdurchschnittlich war die Beteiligung in vielen Kommunen, die erstmals wieder oder erstmalig überhaupt einen Beirat wählten:

Wahlbeteiligung in ausgewählten Kommunen, in denen erstmalig oder seit 1997 erstmals wieder gewählt wurde -Positivbeispiele-

Kommune	Wahlbeteiligung in Prozent
Gelnhausen	19,5
Dautphetal	18,6
Vellmar	14,9
Schlüchtern	14,6
Sulzbach	10,2

Dass sich hier kein einheitliches Bild ergibt, zeigt aber ein Blick auf weitere „erstmalige“ Kommunen, die hinsichtlich ihrer Wahlbeteiligung selbst den Landesdurchschnitt nicht erreichten:

Wahlbeteiligung in ausgewählten Kommunen, in denen erstmalig oder seit 1997 erstmals wieder gewählt wurde: -Negativbeispiele-

Kommune	Wahlbeteiligung In Prozent
Gernsheim	5,44
Bad Vilbel	4,02
Mörfelden-Walldorf	2,27

Bezüglich der Wahlbeteiligung muss ergänzend hinzugefügt werden, dass in insgesamt 12 Kommunen (plus zwei im Vergleich zu 2001) am 27.11.2005 nicht einmal 5% der Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben, darunter u.a. die kreisfreie Stadt Offenbach.

Erfreulich stimmt, dass in nur noch einer Kommune (2001 waren hier immerhin 12 Kommunen zu verzeichnen) der Rückgang der Wahlbeteiligung im zweistelligen Bereich lag. Hierbei handelt es sich um die Stadt Maintal, die einen Rückgang der Wahlbeteiligung von -14,26% verbucht.

In vier Orten ist es gelungen, eine Wahlbeteiligung von über 20 Prozent zu erreichen. Damit ist die Zahl der Orte im Vergleich zur 2001er-Wahl gleich geblieben.

Wahlbeteiligung in % - Hitliste der Spitzenreiter im Vergleich

2005		2001		1997	
Kirchhain	41,01	Baunatal	24,68	Kirchhain	43,72
Kelsterbach	23,55	Kirchhain	22,48	Bebra	34,99
Baunatal	22,05	Elz	22,20	Lollar	32,89
Lohfelden	21,43	Lohfelden	20,65	Stadtallendorf	29,69
Stadtallendorf	19,50	Kriftel	19,28	Raunheim	28,96
Gelnhausen	19,45	Kelsterbach	19,13	Baunatal	28,00

Sichtbares Zeichen einer Kontinuität auf hohem Niveau ist die Tatsache, dass sich mit Kirchhain, Baunatal, Lohfelden und Stadtallendorf vier Kommunen seit nunmehr drei Wahlen ununterbrochen im „Spitzenfeld“ bewegen.

Einfluss der Listenzahl

Welchen Einfluss hat die Zahl der antretenden Listen (Wahlvorschläge) auf die Wahlbeteiligung? Auf der Basis der Wahlberechtigten in den betreffenden Kommunen und der Anzahl der dortigen Wählerinnen und Wählern ergibt sich folgendes Bild:

Wahlbeteiligung in % nach Anzahl der Listen (Wahlvorschläge)

Anzahl der Listen	Wahlbeteiligung
1 Liste	8,23
mehr als 1 Liste	7,61

Einfluss der Bewerberzahl

Ein Vergleich des Saldos der Wahlbeteiligung je Kommune mit der Veränderung der Zahl der Kandidat(innen) zur Vorwahl ergibt einen Einfluss der Zahl der Kandidat(innen) auf die Höhe der Wahlbeteiligung. Dieses Fazit wurde bereits bei der Analyse der 2001er-Wahl gezogen und scheint sich nunmehr zu bestätigen. Demnach weisen auch 2005 die Kommunen, die den höchsten Rückgang an Kandidatinnen und Kandidaten im Vergleich zu 2001 zu verzeichnen hatten, in der Regel auch den höchsten Rückgang der Wahlbeteiligung bzw. den geringsten Anstieg auf.

Kommunen mit dem absolut höchsten Rückgang an Bewerberzahlen

Kommune	Veränderung der Zahl der Kandidatinnen 2005 zu 2001 (absolut)	Veränderung der Wahlbeteiligung 2005 zu 2001 in Prozentpunkten
Wiesbaden	-66	+0,04
Maintal	-14	-14,26
Offenbach	-14	-2,05
Neu-Isenburg	-13	-1,47

Umgekehrt bleibt aber auch festzustellen, dass trotz einer Steigerung der Kandidatenzahl der Erfolg hinsichtlich einer höheren Wahlbeteiligung nur äußerst begrenzt war. Ein klarer Zusammenhang zwischen Steigerung der Kandidatenzahl und Steigerung der Wahlbeteiligung besteht demnach nicht, wie folgende Grafik zeigt:

Kommunen mit dem absolut höchsten Zuwachs an Bewerberzahlen

Kommune	Veränderung der Zahl der Kandidatinnen 2005 zu 2001 (absolut)	Veränderung der Wahlbeteiligung 2005 zu 2001 in Prozentpunkten
Frankfurt	+79	+1,10
Darmstadt	+36	+2,56
Kassel	+30	+1,51
Dreieich	+15	+0,26
Groß-Gerau	+14	-0,50
Gießen	+13	-0,12
Bad Hersfeld	+12	+8,74
Bensheim	+11	-3,62
Hanau	+9	+5,82
Bad Nauheim	+6	+0,13
Bad Homburg	+5	-1,89

Regionen

Eine nach Regionen differenzierte Betrachtung der Wahlbeteiligung bestätigt auch bei dieser Wahl, dass Kommunen im ländlichen Raum und vor allem in den nördlicheren Landesteilen tendenziell eine höhere Wahlbeteiligung zu verzeichnen haben. Ausnahmen bestätigen allerdings auch hier die Regel, sodass die Ursachenforschung vor allem auch örtliche Aspekte mit berücksichtigen muss.

Wahlbeteiligung nach Regierungsbezirken

Regierungsbezirk	Wahlbeteiligung	Gesamtzahl der Wahlberechtigten	Anteil in Prozent
Darmstadt	7,15	402225	85,8
Gießen	11,41	30931	6,6
Kassel	11,18	35533	7,6

Besonders hohe und besonders niedrige Wahlbeteiligung nach Landkreisen

Lkr. Kassel	19,81
Lkr. Hersfeld-Rotenburg	16,64
Lkr. Marburg-Biedenkopf	15,05
Wetteraukreis	6,33
Lkr. Bergstraße	6,17
Lkr. Darmstadt-Dieburg	5,91

Vergleicht man die Namen der in obiger Tabelle aufgeführten Landkreise mit den Ergebnissen von 2001, so zeigen sich kaum Veränderungen: Hinsichtlich der Wahlbeteiligung „starke“ Landkreise konnten ihr Niveau halten oder sogar ausbauen (z.B. Lkr. Marburg-Biedenkopf: +3,4%); „schwache“ Landkreise blieben auch 2005 auf konstant niedrigem (Wahlbeteiligungs-) Niveau bzw. mussten abermals Rückschläge hinnehmen (z.B. Wetteraukreis: -0,28%).

Landkreise

Etwas positiver gestaltet sich die Wahlbeteiligung in den beiden Landkreisen, in denen eine Direktwahl des Kreisbeirates stattgefunden hat. Der Kreisausländerbeirat Kassel konnte das Ergebnis mit 10,41 Prozent in etwa halten (+0,5%). Der Landkreis Gießen hingegen verlor erneut gegenüber der Vorwahl um -1,95% und verzeichnete am 27.11.2005 nur noch eine Wahlbeteiligung in Höhe von 6,99%.

Exkurs: Relevanz der Fort- und Zuzüge sowie der Zahl der Einbürgerungen im Zeitraum 2002-2005**Fortzüge
Zuzüge**

Erstmalig bei einer Wahlanalyse wollen wir der Frage nachgehen, ob und inwieweit sich die Zu- und Fortzüge der über 18-jährigen ausländischen Wohnbevölkerung in den hessischen Kommunen, die sich 2005 an den Beiratswahlen beteiligt haben, auf die Höhe der Wahlbeteiligung ausgewirkt haben.

Geht man davon aus, dass die Gruppe der Fortgezogenen bereits mit dem Modell „Ausländerbeirat“ und seiner Wahl in irgendeiner Form tangiert war, so trifft vermutlich ferner zu, dass Angehörige dieser Gruppe leichter als aktive Wähler zu mobilisieren sind. Somit würde der Wegzug mit einem (evtl. überproportionalen) Verlust der Stammwählerschaft einhergehen. In Hessen waren in den Kommunen, die sich am 27.11.05 an der Wahl beteiligten, im Zeitraum 2002-2005 ca. 185.000 Fortzüge von über 18-jährigen Nichtdeutschen zu verzeichnen.

Dem Wanderungsverlust durch Fortzug muss die Zahl der Zuzüge gegenüber gestellt werden.

Hier ergibt sich folgendes Bild:

In Hessen waren in den Kommunen, die sich am 27.11.05 an der Wahl beteiligten, im Zeitraum 2002-2005 ca. 210.000 Zuzüge von über 18-jährigen Nichtdeutschen zu verzeichnen.

Einbürgerungen

In der Regel kann davon ausgegangen werden, dass die zugezogenen Personen bislang nur rudimentär bzw. überhaupt nicht mit dem Modell „Ausländerbeirat“ konfrontiert waren. Insofern ist von einer erheblich erschwerter Möglichkeit der Mobilisierung auszugehen. Auf das Jahr 2005 bezogen kann davon ausgegangen werden, dass die Gruppe der in den letzten vier Jahren zugezogenen über 18-jährigen Nichtdeutschen ca. 11% der Gesamtzahl der Wahlberechtigten entsprach.

Ähnlich wie bei der Frage, welche Relevanz die Fort- und Zuzüge für die Wahlbeteiligung haben, erscheint es sinnvoll, die Anzahl der Einbürgerungen zwischen 2002 und 2005 in der Gruppe der über 18-jährigen Nichtdeutschen zu ermitteln. Auch hier werden nur die eingebürgerten Personen erfasst, die in hessischen Kommunen leben, in denen eine Ausländerbeiratswahl am 27.11.05 stattfand.

In Hessen waren in den Kommunen, die sich am 27.11.05 an der Wahl beteiligten, im Zeitraum 2002-2005 ca. 45.500 Einbürgerungen von über 18-jährigen Nichtdeutschen zu verzeichnen.

Da man davon ausgehen kann, dass die Eingebürgerten bereits langjährig in Deutschland gelebt haben, ist eine höhere Sensibilisierung hinsichtlich des Themas „Ausländerbeirat“ anzunehmen. Deshalb liegt auch die Vermutung nahe, dass zwischenzeitlich eingebürgerte Personen bei früheren Ausländerbeiratswahlen überproportional dem Kreis der aktiven Wählerschaft angehörten.

Untermauert wird diese These durch die Tatsache, dass eingebürgerte Personen auch in bedeutsamer Zahl (31,9 %) unter den Kandidaten zu finden waren (passives Wahlrecht).

Mit der vollzogenen Einbürgerung fällt diese Personengruppe aus dem Kreis der Wahlberechtigten komplett heraus. Dies macht auf der Basis der o.g. 45.500 Einbürgerungen immerhin 9,7 % der Wahlberechtigten aus.

Personelle Kontinuität oder Erneuerung? Verhältnis zwischen erstmalig gewählten Bewerbern und solchen, die am 27.11.05 wieder gewählt wurden

Mit der Auswertung der Wahlergebnisse vom 27.11.05 wollen wir auch einen Blick auf die Zusammensetzung der Ausländerbeiräte werfen. Uns interessiert hierbei insbesondere, wie viele Personen erstmalig in den Ausländerbeirat gewählt wurden. Bei der Erhebung der entsprechenden Zahl werden allerdings nur die Kommunen berücksichtigt, in denen es 2001 und auch 2005 zur Wahl kam. Die Kommunen, in denen am 27.11.05 neu gewählt wurde, weil in der letzten Wahlzeit kein Ausländerbeirat bestand bzw. noch nie ein Ausländerbeirat bestand, finden bei dieser Erhebung keine Berücksichtigung. Es wurden also nur solche Kommunen berücksichtigt, die auch bereits in der Wahlzeit 2001-2005 über einen Ausländerbeirat verfügten und in denen es am 27.11.05 zu einer erneuten Wahl kam.

Ihre Zahl beträgt 84.

In diesen 84 Kommunen (incl. der beiden Landkreise) waren insgesamt 915 Sitze zu vergeben, die an 564 neu gewählte Mandatsträger fielen. 351 Personen haben ihren bisherigen Sitz aus der Wahlzeit 2001-2005 wieder erungen. Demnach sind in den 84 berücksichtigten Kommunen 61,6 % der Mandatsträger Neulinge.

Bezieht man darüber hinaus auch noch jene erstmalig gewählten Personen ein, die in Kommunen gewählt wurden, in denen bisher überhaupt noch kein Beirat existierte oder aber ein solcher vor 2001 letztmalig gewählt wurde, so werden zukünftig 65,3 % der Sitze von neu gewählten Mitgliedern eingenommen.